

DIE ANDENSTAATEN IM FOKUS

Von Lothar Mark MdB, Lateinamerika-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Januar 2006 ist Evo Morales, früherer Coca-Bauer indigener Abstammung, bolivianischer Präsident. Einiges ist schon in Bewegung geraten, auch das Bildungssystem des Andenstaates soll reformiert werden. Ziel dieser Reform ist die Bekämpfung des Analphabetismus durch ein breiteres Bildungsangebot, das durch vereinheitlichte Lehrpläne erreicht werden soll. Die unabhängige Arbeit der deutschen Auslandsschulen würde dadurch erschwert. Die deutschen Schulen, deren Schüler zu 90 Prozent Bolivianer sind, leisten einen wichtigen Beitrag zum Erziehungssystem und bieten neben dem bolivianischen auch das deutsche Abitur an. Dies ermöglicht den bolivianischen Absolventen den Zugang zu deutschen Universitäten. Natürlich sind gute Kenntnisse der deutschen Sprache erforderlich, deren Erwerb durch die vereinheitlichten Lehrpläne gefährdet ist.

Bei meiner letzten Dienstreise nach Bolivien traf ich den damaligen Bildungsminister Patzi und schilderte ihm eindringlich diese Problematik. Vor der Abreise erhielt ich vom Minister schließlich die Zusicherung, dass die Arbeit der deutschen Auslandsschulen bei der Umsetzung der Bildungsreform berücksichtigt werde.

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Reformen, die die Regierung vorantreibt, gehört die Verfassungsreform: Im Juli 2006 hat ein direkt gewählter Konvent seine Arbeit aufgenommen, der das politische System auf eine neue Grundlage stellen soll. Bei meinen Gesprächen habe ich stets darauf hingewiesen, dass die Stabilität der demokratischen Institutionen sowohl bei den Verfahren des Konvents, als auch in der neuen Verfassung selbst gewährleistet sein muss.

Als Lateinamerika-Beauftragter der Bundestagsfraktion besuchte ich auch Peru. Dort steht seit dem Amtsantritt von Präsident Garcia insbesondere ein Thema auf der Agenda: Die Wiedereinführung der Todesstrafe im Fall von „Terrorismus“. Ich wies meine Gesprächspartner darauf hin, dass Deutschland die Todesstrafe ablehnt und einer entsprechenden Gesetzesänderung in Peru



mehr als kritisch gegenübersteht. Da zugleich die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen EU und Andengemeinschaft, der auch Peru angehört, kurz bevor standen, konnte den Peruanern verdeutlicht werden, dass die EU eine Entscheidung für die Todesstrafe sicherlich nicht akzeptieren werde. An der Ablehnung des Projektes durch das peruanische Parlament zeigte sich, dass der Meinungsaustausch auf Parlamentarierbene nicht ganz folgenlos war.

Beide Fälle beweisen, dass sich durch einen vertrauensvollen, offenen und kritischen Dialog etwas erreichen lässt. Dabei gebührt Lateinamerika, mit allen Herausforderungen und Chancen, genauso viel Aufmerksamkeit wie anderen Weltregionen. ■